



**2020/2084(INI)**

10.9.2020

# **ENTWURF EINER STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der  
Geschlechter

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zu einem starken sozialen Europa für einen gerechten Übergang – Mitteilung  
der Kommission  
(2020/2084(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Jadwiga Wiśniewska

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang“ (COM(2020)0014) vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie veröffentlicht wurde;
- B. in der Erwägung, dass Frauen unverhältnismäßig stark von der COVID-19-Pandemie betroffen sind, da die Mehrheit der vor Ort tätigen Fachkräfte Frauen sind (beispielsweise Beschäftigte im Gesundheitswesen und im Bereich der Kinderbetreuung), da Frauen eher als Männer einer befristeten oder einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder in einem ungesicherten Arbeitsverhältnis stehen und da Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit zu Hause leisten; in der Erwägung, dass durch die Pandemie deutlich geworden ist, dass familienfreundliche Maßnahmen zwingend erforderlich sind;
- C. in der Erwägung, dass das geschlechtsspezifische Gefälle bei der Beschäftigung bei 11,7 %, das Lohngefälle bei 15,7 % und das Rentengefälle bei 30,1 % liegt, obwohl die Gleichstellung der Geschlechter im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und in der EU-Grundrechtecharta verankert ist;
- D. in der Erwägung, dass digitale Bildung und Kompetenzen für die Anpassung an den digitalen Wandel der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind; in der Erwägung, dass Frauen in IKT-Berufen unterrepräsentiert sind;
  1. fordert die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die europäische Säule sozialer Rechte in den Mittelpunkt der Programme zur Erholung der Wirtschaft zu stellen, damit die Chancengleichheit, die Erwerbstätigkeit von Frauen, gerechte Arbeitsbedingungen und ein nachhaltiger Sozialschutz gefördert werden;
  2. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, auf die Verbesserung der Situation von Frauen in der COVID-19-Krise und die Annahme familienfreundlicher Maßnahmen hinzuwirken; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ehrgeizige soziale und demografische Investitionsoffensive einzuleiten, um die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit hochwertiger Einrichtungen für die Kinderbetreuung, die außerschulische Betreuung und die Langzeitpflege zu unterstützen;
  3. betont, dass sich die Kommission und die Mitgliedstaaten, insbesondere bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise, an dem Leitprinzip orientieren müssen, dass Frauen und Männer das gleiche Entgelt für die gleiche Arbeit erhalten sollten;
  4. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Rolle von Frauen durch eine hochwertige, maßgeschneiderte digitale Bildung und individuell zugeschnittene Schulungen und Kompetenzentwicklung zu stärken;

5. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen gleichberechtigten Zugang zu Technologie, Bildung, Schulung, Beschäftigung, Sozialschutzsystemen und Gesundheitsversorgung für alle, insbesondere für schutzbedürftige Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Frauen im ländlichen Raum und ältere Frauen, zu gewährleisten, damit sie aktiv am Leben ihrer Gemeinschaften teilhaben und uneingeschränkt davon profitieren können.